

Galwerner Zeitung

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

MITTWOCH, 9. JANUAR 1952

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

8. JAHRGANG / NR. 4

Frankreich auf der Suche nach neuem Ministerpräsidenten

Pleven über Einsparungsplänen zu Fall gebracht

PARIS. Nach dem Sturz der französischen Regierung Pleven, der am Montagabend nach fünfmonatiger Amtszeit dieser Regierung erfolgte, wird der französische Staatspräsident Vincent Auriol voraussichtlich als ersten Politiker den 46jährigen Generalsekretär der sozialistischen Partei, Guy Mollet, mit der Neubildung einer Regierung beauftragen. Gestern hat Auriol schon eine Reihe weiterer Politiker, darunter Paul Reynaud und den bisherigen Außenminister Robert Schuman empfangen, um alle innen- und außenpolitischen Fragen Frankreichs zu diskutieren, bevor er den Regierungsauftrag vergibt. Reynaud erklärte nach dem Gespräch, die Krise würde „nicht sehr kurz“ sein.

In der Reihe der Besuche bei Auriol machte der ehrwürdige Präsident der Nationalversammlung, Edouard Herriot, den Anfang. Ihm folgte der Sprecher des Rates der Republik, Gaston Monnerville. Beide lehnten es ab, sich zu den Gesprächen zu äußern. Die zwei Politiker mit den besten Aussichten, an die Spitze der neuen Regierung zu treten, waren als nächste an der Reihe. Zuerst erschien Henri Queuille, einer der führenden Persönlichkeiten der Radikalsocialisten, der bis zu den letzten Parlamentswahlen im Juni Regierungschef war. Kurz darauf betrat der bisherige Verteidigungsminister, George Bidault, Führer der katholischen Volksrepu-

blikaner (MRP), das Präsidialamt. Auch Finanzminister René Mayer und Staatsminister Joseph Laniel sind schon empfangen worden. Die Kette der Besucher setzte sich dann mit Jean Letourneau und Robert Schuman, beide Mitglieder der MRP und des gestürzten Kabinetts fort. Die Führer der Partei General de Gaulles (RPF), die in der Nationalversammlung mit 118 Sitzen die größte Fraktion besitzt, blieben aus. Je länger die Krise daure, um so besser seien de Gaulles Aussichten, an Staatsruhrer zu kommen, erklärten politische Beobachter. Es sei dabei nicht verwunderlich, wenn die RPF den Bemühungen Auriols vorerst noch untätig zusehe.

Die Frage, über die René Pleven bei einer Minderheit von 243 Stimmen gegenüber 341 Stimmen stürzte, war die von der Regierung geforderte Vollmacht für Einsparungsmaßnahmen bei der französischen Staatsbahn. Mit diesem, wie mit den anderen sieben Rahmengesetzen zum Haushaltsplan 1952 hatte Pleven die Vertrauensfrage verbunden, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen und die Koalition zusammenzufassen.

Man ist sich in Paris darüber einig, daß Frankreich mindestens einen Monat oder länger ohne Regierung sein wird. Während dieser Zeit ist die Republik vor der Welt praktisch ohne Stimme. Wichtige Entscheidungen, die in den nächsten Tagen oder Wochen fallen sollten, dürften sich damit verzögern.

Dementierte und diskutierte Wehrpläne

Keine Einberufung von 1,2 Mill. / Kabinett erörtert Verteidigung

BONN. Nachdrücklich dementierte die Dienststelle Blank, daß sie, wie eine amerikanische Nachrichtenagentur behauptet habe, Pläne über die Einberufung von 1,25 Millionen junger Männer im Alter von 18 bis 21 Jahre bereits aufgestellt hat. Solche Nachrichten entbehren jeglicher Grundlage und seien frei erfunden. Fragen der Rekrutierung bei Verwirklichung eines militärischen Verteidigungsbeitrags könnten erst erörtert werden, wenn der Bundestag einen entsprechenden Vertrag ratifiziert hätte und auch dann „entscheidend einzig und allein das deutsche Volk durch seine gesetzgebende Körperschaft“.

In politischen Kreisen Bonn wird dieses Dementi nicht so verstanden, daß noch keine Pläne für die Gestaltung der deutschen Wehrverfassung im Falle eines Verteidigungsbeitrags bestünden. Es ist vielmehr kein Geheimnis, daß sich die zuständigen Regierungsstellen mit dieser Frage befassen und dabei dem Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht den Vorzug vor einer Lösung durch Freiwilligenverbände geben. Selbstverständlich wird dabei nicht von 1,25 Millionen möglichen Sol-

daten ausgegangen, sondern von etwa 350 000, einer Zahl, die notwendig werden würde, falls es zu einem Vertrag über die europäische Armee und zu einer Ratifizierung durch den Bundestag kommen sollte.

Auch das Bundeskabinett hat sich in seiner 194. Sitzung am Dienstag mit den Verhandlungen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft befaßt, nachdem Bundeskanzler Dr. Adenauer, Staatssekretär Hallstein und der Abgeordnete Blank ausführlich berichtet hatten. Nach dieser Kabinettsitzung verlautete über die Blitzeise Blank in der vorigen Woche nach Den Haag, daß sie die Hoffnung auf einen tragbaren Kompromiß über das Budget und die Zuständigkeiten innerhalb der Europa-Armee gestärkt habe. Ferner erörterte das Kabinett die möglichen Auswirkungen eines Verteidigungsbeitrags auf das deutsche Wirtschaftsgefüge und vor allem auf den deutschen Arbeitsmarkt.

Die SPD hat durch den Abg. Arndt zu zu diesen Erörterungen feststellen lassen, daß die gegenwärtige Verfassung der Bundesrepublik und der Bundesregierung nicht er mögliche, Vorlagen über Wehrpflicht oder Beteiligung an einer europäischen Armee im Parlament einzubringen. Wie wir weiter erfahren, will die SPD Verfassungsklage gegen die Regierung einreichen, wenn die Koalition trotzdem versuchen sollte, einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik im gegenwärtigen Bundestag durchzusetzen.

Drei Tage Schumanplan

Scharfe Debatte erwartet

hf. BONN. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzes über die Ratifizierung des Schumanplans im Bundestag wird voraussichtlich von heute nachmittag bis zum Nachmittag des Freitag dauern. Während das Kabinett am Dienstag die Regierungserklärung, die der Bundeskanzler heute verlesen wird, noch einmal besprach, wurde in den Fraktionssitzungen die Marschroute der Parteien endgültig festgelegt. Die Regierungsparteien sahen sich dabei der Tatsache gegenüber, daß die SPD, die allein 12 Redner nominiert hat, ihren ablehnenden Standpunkt sehr nachdrücklich und ausführlich darlegen wird. Ein SPD-Antrag, der die Beratung nach der zweiten Lesung aussetzen will, bis der Generalvertrag und die deutsch-alliierten Zusatzverträge im vollen Wortlaut bekannt sind, liegt bereits vor. Obwohl kein Zweifel darüber besteht, daß die Mehrheit des Bundestags für den Schumanplan stimmen wird, erwartet man in Bonn eine sehr scharfe und grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition.

340 Verletzte

Tumult um Reparationsfrage

JERUSALEM. Über 340 verletzte Demonstranten und Polizisten und eine der turbulentesten Szenen in der Geschichte des jungen israelischen Parlaments waren am Montag in Jerusalem das Ergebnis eines Antrags der Regierung Ben Gurion, direkte Reparationsverhandlungen mit der Bundesrepublik aufnehmen zu dürfen. Die Demonstranten, die größtenteils der ehemaligen Terrororganisation „Irgun Zwal Leumi“ angehörten, lieferten der Polizei eine zweistöckige Straßenschlacht vor dem Parlamentsgebäude, durchbrachen Stacheldrahtsperrn und zerrückten zahlreiche Fenster des Parlamentsgebäudes durch Steinwürfe.

Landesversammlungswahl am 9. März

Wahlordnung ein südwürttembergischer Entwurf / 120 Abgeordnete

KARLSRUHE. Der Ministerrat für das neue südwestdeutsche Bundesland trat am Montag im Landesbezirkspräsidium Karlsruhe zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Der Ministerrat beschäftigte sich vor allem mit der Ordnung für die Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung des künftigen südwestdeutschen Bundeslands. Als Wahltermin für diese Wahl wurde der 9. März bestimmt. Ein Antrag der Vertreter des Landes Baden, das Land Württemberg-Baden in zwei Wahlbezirke einzuteilen, wurde von der Mehrheit des Ministerrats abgelehnt.

Die ebenfalls am Montag verabschiedete Wahlordnung geht auf einen von der Regierung Württemberg-Hohenzollern ausgearbeiteten Entwurf zurück, der mit der württembergisch-badischen Regierung abgestimmt und der südbadischen Regierung zugestellt worden war. Die Kandidatur von Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurde nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen geregelt. Danach müssen Beamte, die ein Mandat in der Verfassungsgebenden Versammlung annehmen, in den Ruhestand treten. Sie haben aber nach Ablauf ihres Mandates das Recht, ihren früheren Posten wieder anzunehmen.

Wie im Anschluß an die Sitzung in einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, erachtet es der Ministerrat als vordringlich, daß ein „Überleitungsgesetz“ ausgearbeitet wird, das der Verfassungsgebenden Versammlung nach



Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten: Prof. Dr. u. a. B. der bei dieser Gelegenheit erstermal das Großkreuz trug, in der Unterhaltung mit dem Doyen des Diplomatischen Korps, Erzbischof Aloisius Mühlbacher, (links) und Bundeskanzler Dr. Adenauer (rechts). Unser Bild zeigt außerdem einen Teil der erschienenen Diplomaten. Foto: AP

Bemerkungen zum Tage

Noch nicht soweit

es. Im Übereifer, die Probleme von morgen schon heute groß herauszustellen, ist in den letzten Tagen verschiedentlich die Frage des Wie eines deutschen Verteidigungsbeitrags über Gebühr dramatisiert worden, veranlaßt durch zum Teil recht vage Meldungen über die Absicht, in der Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Die nunmehr vorliegenden Dementis rücken die Dinge wieder zurecht. Daß man sich in Bonn schon seit langem Gedanken darüber macht, wie ein Wehrgesetz für den Fall der Aufstellung deutscher Einheiten aussehen könnte, besagt nichts Neues. Bekannt ist auch, daß bei den Abgeordneten des Bundestags seit Monaten dieses Thema umgeht. Das darf den Volksvertretern zugute gehalten werden, gibt es doch kein heikleres Problem für uns und keine größere Aufgabe als die, hier die sinnvollste, zweckmäßigste und politisch sauberste Lösung zu finden. Insofern kann man sich also nicht früh genug mit diesem Thema beschäftigen, darf dabei aber nicht außer acht lassen, daß die Verhandlungen über die Europa-Armee noch keineswegs vor ihrem Abschluß stehen. Wir dürfen uns hier ruhig am Beispiel der Schumanplanverhandlungen orientieren. Der Plevenplan wird, wie es aussieht, bei den vielen noch ungeklärten Fragen auch seine Zeit brauchen, und vorher ist die Frage einer Wehrvorlage beim Bundestag nicht aktuell.

Eines klarzustellen halten wir indessen schon heute für gut. Was der Parlamentarische Rat bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes sich auch gedacht haben mag, ein Passus, der eine allgemeine Wehrpflicht ausschließt, ist darin nicht enthalten. Der vielzitierte Artikel 4, Absatz 3 lautet wörtlich: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt

ein Bundesgesetz.“ Das bis jetzt noch nicht existierende Bundesgesetz hätte also nur das „gegen sein Gewissen“ zu definieren und zu fixieren, was dafür als beweiskräftig zu gelten hat. Die ganze Formulierung hat aber nur dann einen Sinn, wenn man seinerzeit an die Möglichkeit eines Waffendienstes dachte. Schließt also das Grundgesetz ein Wehrgesetz nicht aus, dann liegt nach unserer demokratischen Ordnung die Entscheidung bei der Volksvertretung, dem Bundestag, sobald diese Frage reif geworden ist. Soweit sind wir indessen noch nicht, und es ist noch Zeit, mit diesem Problem sich weiterhin auseinanderzusetzen.

Steuerlos

hr. Steuerlos treibt das Schiff der französischen Republik — zum wievielten Male schon? — seit Montag. Die Regierung Pleven ist über der Unmöglichkeit zu Fall gekommen, gleichzeitig die Währung stabil zu halten, den riesigen Sozialaufwand weiter zu tragen und doch die Lasten nicht zu erhöhen. Anlaß war eine Abstimmung über Sanierungsmaßnahmen bei den staatlichen Eisenbahnen und der Sozialversicherung, während der die Sozialisten, die sich in der vergangenen Woche wenigstens noch der Stimme enthalten hatten, offen in die gegnerische Front der kommunistischen Linken und gaullistischen Rechten einschwenkten. Es ist nun nicht ersichtlich, wie Frankreich wieder zu einer arbeitsfähigen Regierung kommen soll: Weder die Radikalsocialisten Queuille noch die katholischen Volksrepublikaner Bidaults und schon gar nicht die für die jetzige Krise verantwortlichen Sozialisten wollen eine Koalition mit den Gaullisten. Zusammenarbeit mit den Kommunisten kommt aber nach der außenpolitischen Festlegung Frankreichs noch weniger in Frage. So bliebe nur die alte Koalition der mittleren Parteien übrig. Dazu wäre jedoch notwendig, daß die unüberbrückbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensätze zwischen den Sozialisten und der Rechten — an denen die Regierung Pleven eben gescheitert ist — doch überbrückt würden. Das ist, auf die Dauer, ebenfalls unmöglich.

Man könnte nun gespannt abwarten, wie unser westlicher Nachbar seiner innerpolitischen Fallsucht diesmal Herr wird. Doch ist es nicht mehr an dem. Die Bindungen Europas, so locker sie uns in anderer Sicht manchmal leider noch scheinen mögen, sind schon soweit gediehen, daß jede französische Krise auch ihre Rückwirkungen auf die Bundesrepublik haben muß. Frankreich hat keine arbeitsfähige Regierung. Seinen sämtlichen Ministern ist vorläufig ihr Mandat entzogen. Das bedeutet, daß die für Januar noch angesetzte Debatte über den Pleven-Plan verschoben werden muß. Das bedeutet weiter, daß der Vertrag über die Montanunion durch den Rat der Republik nicht ratifiziert werden kann. Es bedeutet endlich, daß Frankreich voraussichtlich um Vertagung der Atlantikkonferenz in Lissabon bitten wird. Schritte, die auch für uns wichtig sind, Fragen, bei denen wir die Stellungnahme der französischen Regierung — in diesem oder in jenem Sinne — kennen müssen. Denn die eigene Urteilsbildung wird entscheidend durch das Verhalten unseres größten Nachbarn mitbeeinflusst. Man kann Frankreichs Ansichten in diesen wichtigsten, außenpolitischen Belangen wohl als Arbeitshypothese unterstellen, um darauf weiterzubauen, bedarf es jedoch bindender Erklärungen und vollzogener staatsrechtlicher Akte. Auf diese aber wird man jetzt noch etwas zu warten haben.

Der südwürttembergische Ministerrat wird am 22. Januar in Stuttgart zu seiner dritten Sitzung zusammentreten. Dabei wird auch die Frage der Konzessionserteilung für eine Spielbank in Heidelberg erörtert werden.

Neue statistische Unterlagen

Höchste Zeit für die Neufeststellung der Lohn- und Verdienstverhältnisse

TÜBINGEN. — In den laufenden Diskussionen über die sozialen Verhältnisse in Deutschland, über das Verhältnis von Löhnen und Preisen...

die Betriebsleitungen richtet das Statistische Bundesamt die Bitte, diese Erhebungspapiere auf Grund der Unterlagen für die in den November 1951 fallende Lohn- und Gehaltsabrechnungsperiode auszufüllen...

Jk. Zu dem Problem der Normen und Zahlen der Statistik haben wir im vergangenen Jahr wiederholt Stellung genommen. Die Verhältnisse haben sich seit Ausbruch des Koreakonflikts nach und nach so weitgehend verschoben, daß über die Methoden der Statistik in letzter Zeit regelrechte Fehden ausgebrochen sind...

Zur Lohnsteuerberechnung

Was geschieht bei Nichtvorlegung der Lohnsteuerkarte 1952?

TÜBINGEN. Die Oberfinanzdirektion Tübingen teilt mit: Es wird den Finanzämtern auch heuer nicht möglich sein, alle Anträge auf Lohnsteuerermäßigung für 1952 so rechtzeitig zu bearbeiten...

Gewerkschaften hat seinerseits immer wieder mit dem Argument operiert, der Reallohn des Arbeitenden sinke fortwährend, die Lohnentwicklung halte mit den Preissteigerungen nicht Schritt...

20 Mill. t deutschen Stahl?

Westdeutscher Stahlboom vorausgesagt

BONN. — Durch das Wegfallen der Produktionseinschränkungen werde die westdeutsche stahlschaffende Industrie spätestens ein Jahr nach Anlaufen der europäischen Montanunion mit einer Jahreserzeugung von 19-20 Millionen t an der Spitze der europäischen Stahlproduzenten stehen...

Devisenbetriebsfonds neu geregelt

Ab 1. Januar 4 Prozent vom Brutto-Erlös

FRANKFURT. Durch Runderlaß Außenwirtschaft 62/51 ist das Verfahren für die Gewährung des Devisenbetriebsfonds ab 1. Januar 1952 neu geregelt...

Firmen und Unternehmungen

INTERTÜRKKHEIM. — Generaldirektor Dr. Wilhelm Haspel (Daimler-Benz AG.). Der Generaldirektor des Daimler-Benz AG., Dr. Ing. Dr. h. c. Wilhelm Haspel, ist am vergangenen Sonntag im Alter von 52 Jahren an den Folgen einer Gehirnblutung gestorben...

KÖLN. — Fordwerke AG. Köln. Die Fordwerke in Köln produzierten im Dezember 1951 total 2929 Einheiten, und zwar 1692 Taunus-Pkw, 253 Taunus-Kastenwagen und 522 Lastwagen und Omnibusse...

Börsen: In fester Haltung

STUTTGART. — Die westdeutschen Börsen begannen die neue Woche am Montag in sehr fester Haltung. Starker Kaufinteresse stand über dem Angebot...

Wieder neuer DM-Ost-Kurs

BERLIN. Die Gemeinschaft der Berliner Wechselstuben beschloß am Wochenbeginn die Notierung des Berliner Wechselkurses von DM West/DM Ost wie im Bundesgebiet vorzunehmen...

Deutsche Wertpapiere in Österreich

WIEN. — Bei den deutschen Wertpapieren, die seit einigen Wochen an der Wiener Börse wieder gehandelt werden, kamen bis Jahresende nur ganz geringe Umsätze zustande...

Die Produktion

ESSEN. — Leicht angestiegen ist in der Woche vom 31. Dezember 1951 bis zum 6. Januar 1952 die Steinkohlenförderung; sie betrug 1 644 173 t gegenüber 1 475 212 t in der letzten Dezemberwoche des Vorjahres.

DÜSSELDORF. — Um 15 Prozent gestiegen ist im Jahre 1951 die Gesamtproduktion an Walzstahl-Fertigerzeugnissen. Sie war mit 9 350 297 t um über 1,1 Millionen t oder 14,5 Prozent höher als 1950.

TÜBINGEN. — Einen neuen Nachkriegshöchststand erreichte die Industrieproduktion in Württemberg-Hohenzollern im November 1951 mit einem arbeitstäglichen Index von 137,2. Der Index lag um 7,2 Prozent über dem des Vormonats und um 9,4 Prozent über der Vergleichszahl des November 1950.

BONN. — Einen neuen Rekord erzielte 1951 mit rund 1 368 250 t auch die deutsche Erdölproduktion, berichtet das Bundeswirtschaftsministerium. Verglichen mit der Jahresproduktion von 1950 mit 1 118 616 bedeutet dies eine Fördersteigerung um 22 Prozent.

Margarine-Konflikt

Bundesernährungsministerium soll vermitteln

BONN. Der Margarine-Verband hat das Bundesernährungsministerium um eine Vermittlung im Margarine-Konflikt gebeten, da es nicht gelungen ist, den Streit um die Marktquote zwischen der Margarine-Union und den konzerntfreien sieben größeren sowie 50 kleineren Fabriken durch eine Absprache über eine Produktions- bzw. Absatzkontingentierung zu beenden...

Am Sonntag, dem 6. Januar 1952, nachmittags, erhielten wir die unfabbare Nachricht, daß unser Kamerad und Freund

Herr Generaldirektor

Dr.-Ing. Wilhelm Haspel

Vorsitzer des Vorstandes der Daimler-Benz Aktiengesellschaft Ehrenbürger der Technischen Hochschule Stuttgart Dr.-Ing. e. h. der Technischen Universität Berlin Ehrensorator der Technischen Hochschule Darmstadt

nach kurzer, schwerer Krankheit völlig unerwartet aus unserer Mitte gerissen wurde. Noch stehen wir unter dem Eindruck dieses Verlustes, den unsere Gesellschaft, aber auch die deutsche Wirtschaft erlitten haben.

Stuttgart-Untertürkheim, den 6. Januar 1952.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft der Daimler-Benz Aktiengesellschaft Stuttgart-Untertürkheim

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 10. Januar 1952, vorm. 10.30 Uhr, in unserem Werk Sindelfingen statt.

Husten-Merzellen die einzigen Hustenbonbons mit dem millionenfach bewährten Schleimhaut-Antisepticum Trikanolin. 60 St. 1,- m. schlemms. Solvexal 1.50

Denken Sie daran daß die Ziehung der 4. Klasse der Süddeutschen Klassenlotterie bereits a. 15. u 16 Jan stattfindet

Alle Möbel zu Wochenraten ab 4,30 DM! Photokatalog durch IDECO Bayreuth 1, Postfach. 603 Rückporto erbeten!

Nähmaschinen auf Teilzahlung, 30 Modelle m. Ratenzahlung monatlich, nur DM 39,-, Nähmaschinen-Verandhaus Süd, Karlsruhe, Postfach 512

Stellenangebote Zu sofortigen Eintritt erfahrener Gruben- und Faserholzeinkäufer

Tücht. Mitarbeiter zur Mitglieder-Werbung einer neuen großen Büchergemeinschaft sowie für den Vertrieb von Büchern (Geschenkkassetten, Fachliteratur usw.) an allen Plätzen sofort gesucht. Hohe Provision, tägliche Auszahlung.

Mädchen zur Mithilfe im Laden, Metzgerei Wallenmaier, Stg.-Untertürkheim, Augsburgstr. 22

Chriiche, zuverlässige Hausgehilfin nicht unter 30 Jahren, für kleinen Geschäftshaushalt (3 Pers.) bei günstigen Bedingungen und guter Bezahlung stattd. ges.

Lohnaufträge gesucht für Schnell-Nähmaschinen von kleinerem, leistungsfähigem Betrieb unter fachkundiger Leitung. Angaben erbeten unter G 8025 an die Geschäftsstelle

Kaufgesuche Elektromaschinen Großhandel kauft intakte und defekte Gleichstrom-Motoren Gleichstrom-Dynamos Umformer-Aggregate

Wir kaufen laufend Alte Autoreifen Autoschläuche Fahrradschläuche und andere Gummiabfälle

Immobilien/Kapitalien Gelegenheit! Wegen Auswanderung moderner Leihbücherei

In Stuttgart ca. 130 qm Büroraum verkaufstaugl. Halbhöhen-Aussichtslage in repräsentativem Neubau, sonnig, evtl. auch zum teilweisen Einbau v. Wohnungen geeignet.

Heiraten Witwe 51Jähr. (Heimatvertr.) sucht bessere Herrenbekanntschaft zwecks Heirat. Angeb. unter G 8079 an die Geschäftsstelle

Einmaliger Ortsfremder, 43 J., sucht Wohnung bei alleinst. Dame bis 45 J. Bei Zuneigung Heirat Zuschr. unter G 5050 an die Geschäftsstelle

Witwe 51Jähr. (Heimatvertr.) sucht bessere Herrenbekanntschaft zwecks Heirat. Angeb. unter G 8079 an die Geschäftsstelle

Witwe 51Jähr. (Heimatvertr.) sucht bessere Herrenbekanntschaft zwecks Heirat. Angeb. unter G 8079 an die Geschäftsstelle

Lohnaufträge gesucht für Schnell-Nähmaschinen von kleinerem, leistungsfähigem Betrieb unter fachkundiger Leitung. Angaben erbeten unter G 8025 an die Geschäftsstelle

Die Abführ-Schokolade Wer dies und jenes ausprobiert, spürt bald den Unterschied und verlangt nicht „ein Abführmittel“, sondern DARMOL, die gute Abführ-Schokolade. So angenehm und einfach im Gebrauch, unschädlich, mild und wirksam, unschädlich. In Apotheken u. Drogerien DM 1.25

Automarkt Volkswagen und Lloyd-Lim. LP 300, Bauj. 50, preisw. abzugeben. Evtl. wird Motorrad bis 250 ccm (BMW bevorzugt) in Zahlung genommen. L. Schleh, Sulz a. N., Telefon 354

Vespa oder NSU-Lambretta In nur einwandfreiem Zustand gegen bar zu kaufen gesucht. Angebote an G 3077 an die Geschäftsstelle

Punktal VEREINIGT GÜTE UND TRADITION

